

1 161 2019

## Interpellation betreffend Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Thun

Fraktion SP, Reto Vannini (BDP) und Mitunterzeichnende

Die öffentliche Entwicklungshilfe (Aide publique au développement, APD) der Schweiz umfasst alle Beiträge des Bundes, der Kantone und Gemeinden, die dazu bestimmt sind, die Empfängerländer in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Sie wird gemäss internationalen Richtlinien des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erfasst.

2018 flossen von der Schweiz 3'022 Millionen Franken in die öffentliche Entwicklungshilfe. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion um 68 Millionen. Nachdem in den letzten Jahren die APD-Quote (Verhältnis APD zum Bruttonationaleinkommen [BNE]) kontinuierlich anstieg, um das 0,5% Ziel des Parlamentes zu erreichen – internationales Ziel wären eigentlich 0,7% - sank sie im Jahr 2018 auf 0,44% - ihr tiefstes Ergebnis seit 2013.

Wie oben erwähnt, werden bei der Statistik auch Gemeinden erfasst und berücksichtigt. Wir interessieren uns deshalb sehr, in welchem finanziellen Rahmen die Stadt Thun in den letzten Jahren und in Zukunft Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit / -hilfe geleistet hat, resp. leisten wird und bitten den Gemeinderat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Das internationale Ziel liegt bei einer Quote von 0,7% des Bruttoeinkommens, das nationale Ziel bei 0,5%. Um wie viel Geld würde es sich bezogen auf die Stadt Thun bei 0,7%, resp. 0,5% handeln?
2. Welche finanziellen Beiträge hat die Stadt Thun in den letzten fünf Jahren für die Entwicklungszusammenarbeit geleistet (bitte Gesamtbetrag pro Jahr und entsprechende Quote angeben)?
3. Welche Länder, NGOs, Projekte, etc. hat die Stadt Thun im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten fünf Jahren finanziell unterstützt?
4. Ist der Gemeinderat bereit, dass die Stadt Thun in Zukunft 0,5% - oder noch besser 0,7% - ihres Bruttoeinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen will und ist der Gemeinderat bereit, die entsprechenden Beträge in die Budgets und den AFP aufzunehmen?

Dringlichkeit: wird nicht verlangt

R. Vannini  
F. ...  
Ren ...

Thun, 22. August 2019